

Tagungsband

Forschungsmarkt regiosuisse & Tagung Regionalentwicklung 2010

Raumwirksame Politiken: Synergien und Konflikte. Die Neue Regionalpolitik im Kontext aktueller Raum-, Wirtschafts-, Landschafts- und Umweltfragen

Herausgegeben von:

Hannes Egli

Institut für Betriebs- und Regionalökonomie IBR

Hochschule Luzern – Wirtschaft



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Raumentwicklung ARE



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Der Tagungsband ist in elektronischer Form verfügbar unter:

- www.hslu.ch/tagung-regionalentwicklung
- www.regiosuisse.ch/forschungsnetz

Veranstalter:

Institut für Betriebs- und Regionalökonomie IBR der Hochschule Luzern – Wirtschaft,
Luzern (www.hslu.ch/ibr)

Bundesamt für Raumentwicklung ARE, Bern (www.are.admin.ch)

regiosuisse – Netzwerkstelle Regionalentwicklung, Brig (www.regiosuisse.ch)

Institut für Betriebs- und Regionalökonomie IBR, Luzern 2011

Arbeitsbericht IBR 002/2011

ISSN 1662-162X

Druck: UD Print AG, Luzern

Demografischer Wandel und Regionalentwicklung

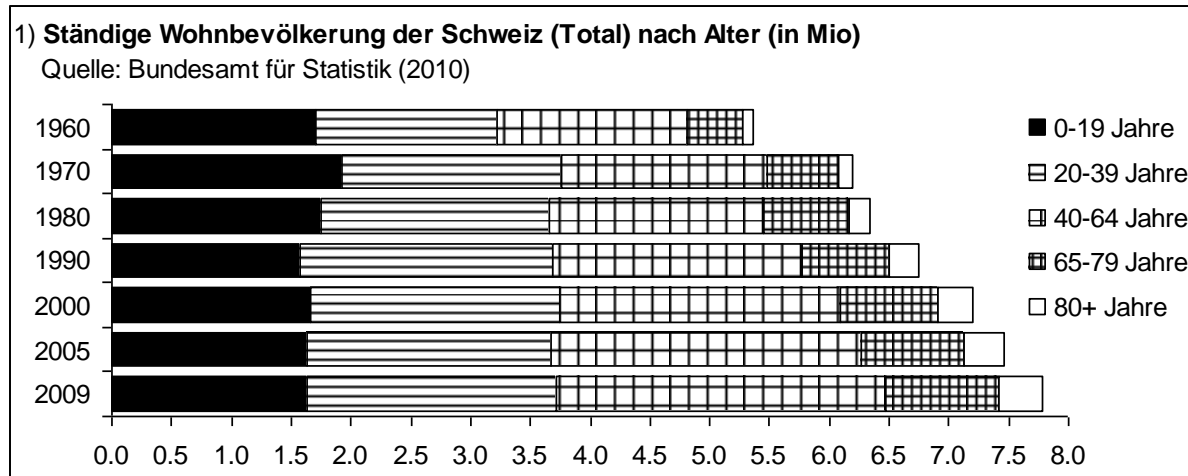
Daniel Matti, Interface Politikstudien Forschung Beratung

1 Einleitung

Schrumpft die Schweizer Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten? Diese Frage wurde in der Vergangenheit angesichts sinkender Geburtenraten oft gestellt. Ein erster Blick in die aktuellen Bevölkerungsstatistiken legt nahe, diese Frage mit nein zu beantworten. Die Schweizer Bevölkerung ist im vergangenen Jahrzehnt deutlich gewachsen: Per Jahresende 2009 betrug die ständige Wohnbevölkerung 7.79 Mio. Personen, 8.1% mehr als im Jahr 2000. Für die Zentralschweiz betrug das Wachstum in der gleichen Periode 8.4% (BFS, Superweb, vgl. Darstellung 1).

Bei der Betrachtung dieser quantitativen Zunahme besteht die Gefahr, zwei zentrale Komponenten der demografischen Entwicklung zu übersehen:

- Erstens beruht diese Zunahme demografisch betrachtet zu einem beträchtlichen Teil auf einem positiven internationalen Wanderungssaldo. Die Zahl der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung stieg in der Schweiz seit dem Jahr 2000 um über 20% auf heute 1.7 Mio. Personen.
- Und zweitens geht die Zunahme mit einer fortschreitenden Alterung in der Schweiz einher (vgl. Darstellung 1). Der Anteil der Personen ab 65 Jahren betrug 2000 noch 15.4%, Ende 2009 bereits 16.8%, und er wird weiter stark steigen.



Darstellung 1: Ständige Wohnbevölkerung der Schweiz (Total) nach Alter (in Mio.)

Damit rückt das Phänomen des demografischen Wandels vermehrt ins Zentrum der Öffentlichkeit und der Politik. Die Veränderungen betreffen verschiedenste aktuelle und künftige Handlungsfelder.¹ Ziel dieses Beitrags ist es demnach,

- eine Übersicht zu geben zum Stand und zur Entwicklung des demografischen Wandels in einer ausgewählten Region,
- zu reflektieren und konkretisieren, wie sich eine Region strategisch auf diese Herausforderungen vorbereiten kann,

¹ Siehe dazu auch: BFS (2010a); BFS (2009a); Schuler (2008:15ff).

- und ein transnationales Interreg-Projekt kurz vorzustellen, welches sich mit den Strategien zur Anpassung von Raumplanung und Regionalentwicklung an den demografischen Wandel im Alpenraum befasst.

Wir konkretisieren die genannten Ziele, in dem wir sie aus der Perspektive einer Region der Zentralschweiz beleuchten. Diese liegt im Fokus des Interreg-Projekts „DEMOCHANGE“.² Das Projekt will das Verständnis für den vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Einfluss des demografischen Wandels im Alpenraum verbessern und in zehn Modellregionen konkrete Strategien erarbeiten. Regionale Analysen und partizipativ aufgebaute Workshops in den Regionen dienen dazu, Anpassungsstrategien und Aktionspläne für andere Regionen im Alpenraum zu entwerfen. Die Übertragbarkeit und Anpassungsfähigkeit der entwickelten Strategien an regionale Besonderheiten wird besonders beachtet. Für die Verbreitung der erarbeiteten Strategien und Ergebnisse werden das transnationale Expertennetzwerk genutzt und zahlreiche regionale Workshops und internationale Konferenzen stattfinden.

Die folgenden Analysen sind im Rahmen von Demochange entstanden.

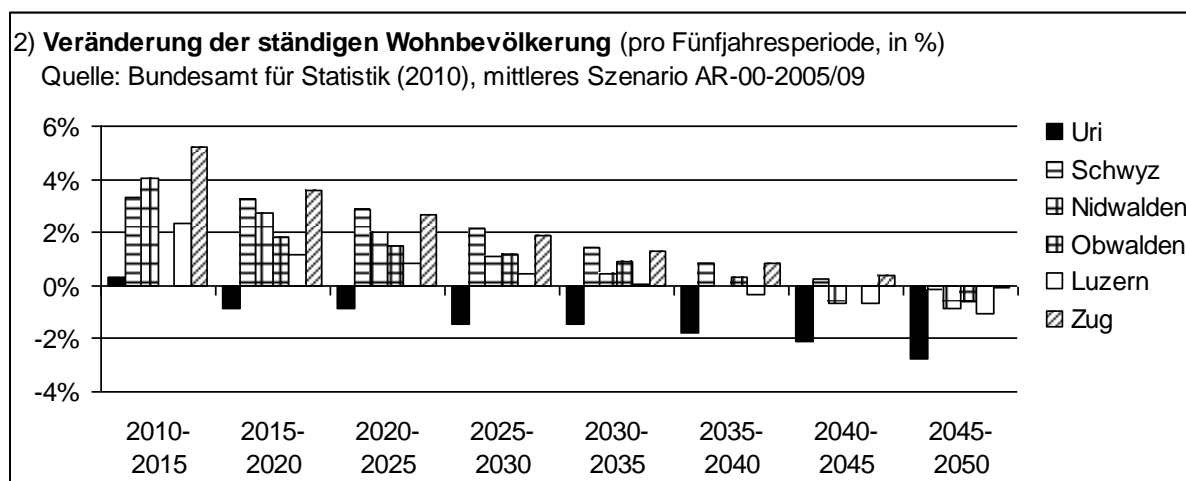
2 Demografischer Wandel in der Zentralschweiz

Die Zentralschweiz wird sich gemäss den demografischen Prognosen des Bundesamts für Statistik nicht homogen entwickeln. Ihre Eignung als Modellregion im Interreg-Projekt ist darum hoch, lassen sich doch so verschiedene Szenarien und Auswirkung beobachten.

2.1 Bevölkerungsentwicklung

Die Zentralschweizer Wohnbevölkerung nimmt gemäss mittlerem Szenario des BFS zwischen 2010 und 2050 um rund 9% zu. Dabei werden die Kantone Zug (20%), Schwyz (16%) und Nidwalden (12%) stark, Obwalden (6%) und Luzern (5%) moderat wachsen, und Uri dürfte bis dahin Bevölkerung verlieren (-8%) (BFS, 2010b, vgl. Darstellung 2).

² Neben den Schweizer Projektpartnern Interface Politikstudien Forschung Beratung in Luzern und der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit arbeiten elf Partner aus Deutschland, Österreich, Italien, Slowenien mit. Gefördert durch „Alpine Space Programm“ der Europäischen Kommission. Vgl. <http://www.demochange.org>.



Darstellung 2: Veränderung der ständigen Wohnbevölkerung (pro Fünfjahresperiode, in %)

Der grösste Teil des Wachstums erfolgt bis etwa 2035, danach stagniert die Bevölkerungszahl oder sie schrumpft. Auf Gemeindeebene werden die Unterschiede noch weniger homogen sein. Während attraktive Umlandgemeinden teilweise massive Bevölkerungsgewinne verzeichnen werden, können periphere (Klein-)Gemeinden bis 2050 beträchtliche Verluste der Wohnbevölkerung aufweisen. Die Bevölkerungsentwicklung verdeutlicht in Zukunft die Unterschiede in der Standortattraktivität der Zentralschweizer Kantone.

2.2 Altersstruktur

Die Altersstruktur in den Zentralschweizer Kantonen zeigt in den nächsten Jahrzehnten markante Entwicklungen. Die Anzahl Personen zwischen 65 und 79 Jahre wird in der Zentralschweiz bis 2040 um 72% steigen. Die Zahl der über 80 jährigen Personen verdoppelt sich gegenüber 2010 bis 2040 (+139%) und verdreifacht sich bis 2050 (+207%) (BFS, 2010c).

Demgegenüber steht eine um 12% sinkende Zahl jüngerer Personen unter 20 Jahre bis 2050. Relativ betrachtet stehen in der Zukunft also wesentlich mehr ältere Personen etwas weniger jüngeren Personen als heute gegenüber. Betrachtet man das Verhältnis von Jungen (0-19 Jahre) zur ältesten Gruppe (80 Jahre +), wird sich dieses von 5.2 (2010) auf 1.5 (2050) ändern. Der Altersquotient verdoppelt sich in jedem der sechs Zentralschweizer Kantone bis spätestens 2050, am stärksten zwischen 2020 und 2040.³ Vom Phänomen der fortschreitenden Alterung ist die gesamte Zentralschweiz in beträchtlichem Ausmass betroffen.

2.3 Geburten, Sterbefälle, Wanderung

Die Gründe für die Veränderung der Altersstruktur sind bekannt. Die Geburtenziffer ist auf ein für die Bevölkerungsreproduktion zu tiefes Niveau gesunken (Schweiz 2008: 1.48), die Lebenserwartung bei Geburt wird nochmals leicht steigen und die Sterberate wird in den meisten Regionen die Geburtenrate übersteigen (BFS, Su-

³ Altersquotient: Anzahl der 65-Jährigen und Älteren pro 100 20-64-Jährige.

perweb).⁴ Angetrieben wird die Bevölkerungsentwicklung zahlenmässig vorwiegend durch einen positiven internationalen und/oder Binnen-Wanderungssaldo. Die Migration – und damit verbunden ein höherer Anteil ausländischer Wohnbevölkerung – wird in allen Regionen zu einem bedeutenden Faktor der Bevölkerungsentwicklung werden.

Mit den Wanderungen ist eine selektive Mobilität verbunden, besser bekannt unter dem Begriff Brain Drain. Regionen, Länder oder Arbeitgeber werben heute gezielt um hochqualifizierte Personen: „Dahinter steht die Überlegung, dass gut ausgebildete Personen ihr Wissen ausser in der Arbeitswelt auch in Bereichen wie Sport, Politik, Soziales oder Kultur einbringen. In diesem Zusammenhang wird auch von emotionaler Intelligenz oder von sozialem Kapital gesprochen“ (Rieder et al., 2009:51).⁵

2.4 Konsequenzen

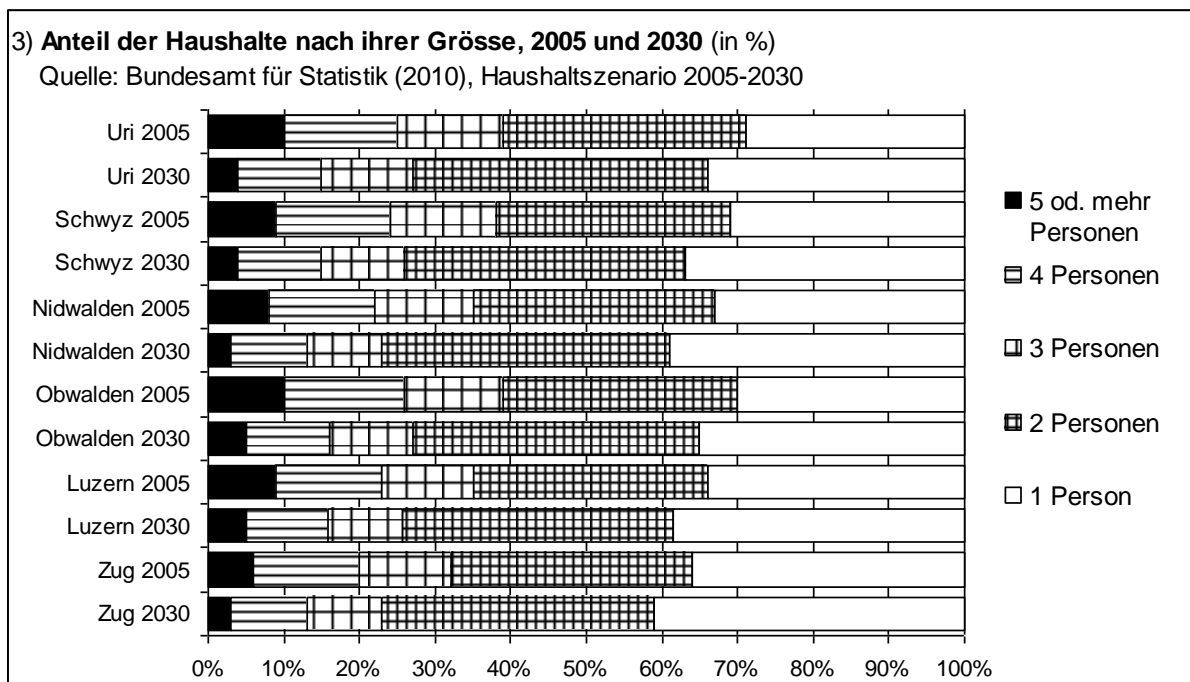
Die Konsequenzen des demografischen Wandels in der Zentralschweiz werden regional vielfältig und unterschiedlich sein. Allen demografischen Phänomenen gemeinsam und typisch ist, dass sie bereits heute spürbar sind (Alterung, Geburtenziffer, Migration, partieller Arbeitskräftemangel), sich stetig verändern und eine hohe zeitliche Entwicklungspersistenz haben – vergleichbar einem Supertanker, welcher nach einem Steuerbefehl nur träge reagieren kann. Einige Bereiche wie die Migration peripheren Regionen oder die Nachfrageveränderung nach altersgerechtem Wohnraum sind heute in der Regionalpolitik noch kaum ein Thema. Die Phänomene des demografischen Wandels werden sich grösstenteils bis 2030/2035 beschleunigen, um sich dann voraussichtlich wieder zu verlangsamen. Der Altersquotient etwa verändert sich bis 2035 markant, dann beginnt er sich auf hohem Niveau einzupendeln.

Deutlich wahrnehmbar wird der demografische Wandel in der Zentralschweiz durch die stark steigende Zahl der hochbetagten Bevölkerung und der Zugewanderten (v.a. aus dem EU-Raum).

Gleichzeitig werden in allen Zentralschweizer Kantonen die Haushaltgrössen abnehmen (vgl. Darstellung 3).

⁴ In Nidwalden etwa dürfte ab 2025 der heutige Geburtenüberschuss von der erhöhten Sterberate aufgehoben und zunehmend stark negativ werden.

⁵ Vgl. auch Interreg-III-B-Projekt „Human Capital in european peripheral regions. Brain-Drain Brain-Gain“: Coenen, (2007); sowie Frey, 2008.



Darstellung 3: Anteil der Haushalte nach ihrer Grösse, 2005 und 2030 (in %)

Die Zahl der Kleinsthaushalte mit einer oder zwei Personen wird bis 2030 stark steigen (z.B. im Kanton Luzern um 40%), während die Zahl der grösseren Haushalte mit vier oder mehr Personen in der Zeit deutlich abnimmt (-17%). Diese Entwicklung etwa hat Auswirkungen auf die Raumplanung, den Immobilienmarkt, den Verkehr, die Betagtenpflege usw. Weitere Konsequenzen wie beispielsweise auf die Sozialwerke, auf Integrationsanstrengungen oder auf die Alters- und Gesundheitspolitik usw. sind zu erwarten, sollen jedoch in diesem Beitrag nicht weiter verfolgt werden.⁶

Während die mit dem demografischen Wandel in den Regionen verbundene verstärkte Zuwanderung Integrationsbestrebungen verlangt, ist durch die fortschreitende Alterung eine umfassende Alterspolitik notwendig: Im Mittelpunkt stehen die Bereiche „Gesundheit und medizinische Versorgung, Wohnsituation und Mobilität, Arbeit und Übergang in den Ruhestand, wirtschaftliche Situation, Engagement und gesellschaftliche Partizipation“ (Bundesrat, 2007:i). In einem ersten Schwerpunkt sollen die oft noch vorhandenen Ressourcen und Leistungspotenziale der älteren Personen anerkannt und gefördert werden. In einer späteren Lebensphase geht es darum, auf die spezifischen Bedürfnisse der Senioren einzugehen und ihnen einen individuell gestaltbaren, würdigen letzten Lebensabschnitt zu ermöglichen (Bundesrat, 2007).

3 Demografischer Wandel: Bedeutung für die Regionalpolitik

Bedingt durch unterschiedliche Standortattraktivität wird der demografische Wandel periphere Regionen stärker treffen als Zentren oder suburbane Gebiete, welche für Zuzüger aus den Ballungsgebieten attraktiv sind. Die Folgen des demografischen Wandels können bestehende regionale Disparitäten gar verstärken. Dies wiederum

⁶ Vgl. dazu u.a. Höpflinger, 2009; Groth, 2009; Weber, 2008:57.

fordert die Standortförderungs- und Regionalpolitik heraus (Von Stokar et al., 2009:8).

Im ländlichen Raum wird es wichtig sein, dass die für zentrale Funktionen kritische Masse an (Dienstleistungs-) Angeboten wie an Nachfragern oder Nutzern erhalten bleiben. Die kommunale, regionale oder gar interregionale Kooperation und die Vernetzung der Angebote werden an Bedeutung gewinnen (Wegelin, 2008:100f). In Einklang mit den Zielen der Neuen Regionalpolitik sind somit periphere Gebiete, zu denen der hier im Fokus stehende Alpenraum weitgehend zu zählen ist, aufgefordert, ihre Chancen und Profilierungsmöglichkeiten zu nutzen und wertschöpfungsstarke Initiativen oder Arbeitsplätze zu fördern. Gross/ Fagetti argumentieren zudem vehement dafür, ältere Personen als Chancen oder „Glücksfall“ anzusehen – verbunden mit zahlreichen Chancen für eine Region, etwa im Herstellen oder Anbieten altersgerechter Produkte oder Dienstleistungen (2008:89ff).

3.1 Zwei Grundstrategien: Anpassen und Gegensteuern

Um auf den demografischen Wandel zu reagieren, sind grundsätzlich zwei Strategien denkbar:

Anpassung: Die Region passt sich dem demografischen Wandel an, in dem sie die Schrumpfung der Bevölkerungszahl und die fortschreitende Alterung akzeptiert und ihre Raumstruktur, Dienstleistungen und Infrastruktur darauf abstimmt.

Gegensteuern: Gemeinden versuchen aktiv Veränderungsprozesse zu antizipieren und Gegenstrategien zu entwickeln (zuwanderungs- und fertilitätsorientierte Politik) (Küpper, 2009:171).

Die erste Strategie der Anpassung ist in der Zentralschweiz noch kaum beobachtbar. Es dominiert die Strategie des Gegensteuerns. Die Gemeinden und Kantone wollen sich als Wohnstandort profilieren. In ihren Leitbildern finden sich die entsprechenden Hinweise. Eine weitverbreitete Strategie besteht darin, „junge Familien“ anzuziehen. Fraglich ist, ob solche Strategien aufgehen, wenn sie von allen oder den meisten Gemeinden verfolgt werden. Eine weitere Strategie des Gegensteuerns besteht im Ausbau des Wohnangebots. Dabei ist die Gefahr nicht auszuschliessen, dass eine wenig bedürfnisgerechte Vorgehensweise scheitert und die gesteckten Ziele nicht erreicht werden (etwa durch grosse Bautätigkeit, ohne die künftigen Bedürfnisse zu kennen).

Strategien bei der Migration bieten sich als zweite Möglichkeit an, auf den demografischen Wandel zu reagieren. Entscheidend wird sein, welche Ressourcen die Zuwanderer in eine Region bringen können, und wie diese in die Gesellschaft, Wirtschaft und Politik integriert werden können. Die Steuerung der Migration als Teil der Regionalpolitik ist aktuell noch wenig im Fokus der öffentlichen Politik.

An Hand der beiden Themen Landwirtschaft und Wohnen sollen nun in den folgenden Abschnitten die möglichen Auswirkungen des demografischen Wandels an je einem Beispiel konkretisiert werden und gezeigt werden, in welcher Art zukünftiger Handlungsbedarf bestehen könnte.

3.2 Demografischer Wandel in der Landwirtschaft in Nidwalden

In Nidwalden ist – erstens – eine Veränderung des landwirtschaftlichen Arbeitskräfteangebots zu erwarten: Weniger einheimische Junge als heute werden in der Landwirtschaft arbeiten. Sie werden zumindest teilweise durch zugewanderte Personen ersetzt werden müssen. Dies wird zu soziokulturellen Auswirkungen auf die heute noch weitgehend familiär geprägte Arbeits- und Lebensweise im ersten Sektor des Kantons führen. Zudem wird die verstärkte Migration den Kultur- und Wertewandel in der Landwirtschaft beeinflussen.

Zum Zweiten wird sich die Frage nach der Betriebsnachfolge stellen, da die Kinderzahl sinkend ist und sich die Generationenfolge verlängert. Unklar scheint, inwiefern sich dies auf die Entwicklung der Zahl und der Grösse der Betriebe auswirken wird.⁷

Drittens wird es „Sekundärfolgen“ durch einen allfälligen lokalen/regionalen Bevölkerungsrückgang oder durch eine Veränderung der Bevölkerungsstruktur geben. Die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten und Leistungen wird sich verändern. Ältere Personen haben andere Bedürfnisse an die Landwirtschaft als eine junge Bevölkerungsschicht. Falls lokale Bevölkerungsrückgänge stattfinden, könnte dies auch zu fehlenden lokalen Absatzmöglichkeiten (etwa Direktvermarktung ab Hof) führen, was Anpassungen der Vertriebsstrukturen bedingen würde.

Insgesamt scheint es, dass die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung Nidwaldens durch zahlreiche Agrarreformen der vergangenen Jahrzehnte zu Flexibilität gezwungen worden ist. Der demografische Wandel könnte mithelfen, veraltete Strukturen aufzubrechen und Kooperationen aller Art, neue Vertriebsmodelle (beispielsweise Versandlösungen) und neue Angebote touristischer oder gesellschaftlicher Leistungen im weiteren Sinne zu fördern.⁸

Auf nationaler Ebene sind wenige Überlegungen zu den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Landwirtschaft vorhanden, an denen sich lokale Strategien orientieren können. So ist die Frage bisher nicht beantwortet, ob und wie die Zielerreichung der traditionellen Landwirtschaftspolitik (Beitrag zu einer sicheren Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, ökologisch nachhaltige Produktion in der Landwirtschaft, Pflege der Kulturlandschaft, Beitrag zur dezentralen Besiedlung des Landes) durch den demografischen Wandel begünstigt oder gehemmt wird.⁹

3.3 Demografischer Wandel und Wohnen

Der demografische Wandel führt zu Veränderungen in der Nachfrage nach Wohnraum. Hohes Lebensalter führt zu verstärkter Fragilität (häufig ab etwa 80 Jahren), bedingt durch chronische Beschwerden und/oder funktionale Einschränkungen (Höpflinger 2009:27, nach Lalive d'Epinay/Spini, 2008). Hindernisfreie Wohnungen

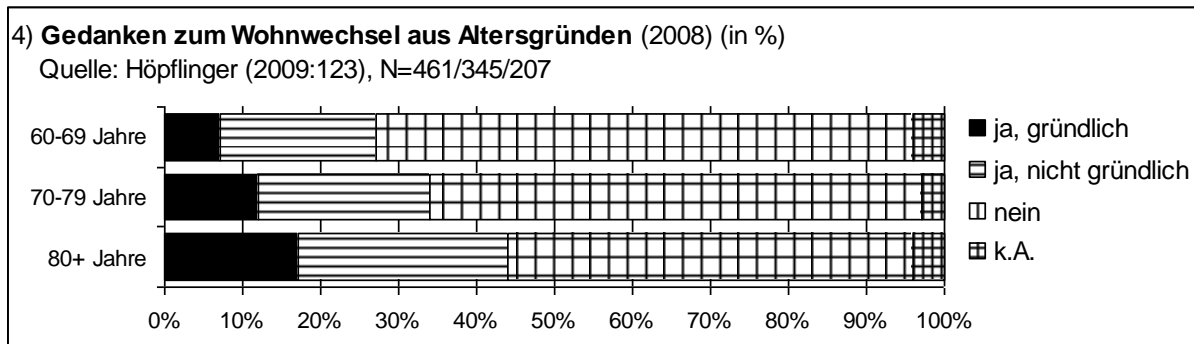
⁷ Falls landwirtschaftliche Arbeitskräfte knapper werden und die noch höhere Mechanisierung erfordert, sind auch Auswirkungen auf das Landschaftsbild (Pflege der Kulturlandschaft, Vergandung) möglich, was wiederum die Standortattraktivität des Kantons beeinflussen dürfte.

⁸ Fokusgruppengespräche im Rahmen des Interreg-Projekts weisen auf eine beachtliche Flexibilität der Nidwaldner Landwirte hin. Die langsamen Prozesse des demografischen Wandels dürften somit genug Zeit für Anpassungsstrategien lassen.

⁹ Der demografische Wandel bleibt im Diskussionspapier des Bundesamts für Landwirtschaft „Land- und Ernährungswirtschaft 2025“ (BLW, 2010a) und im Agrarbericht 2010 (BLW, 2010b) unerwähnt.

steigern die Wohnzufriedenheit und die Selbständigkeit im Alter. In vielen Wohnungen werden Anpassungen für altersgerechtes Wohnen erforderlich.

Höpflinger (2009:123) legt dar, dass 52% der über 80 Jährigen sich noch nicht Gedanken zu einem Wohnwechsel aus Altersgründen gemacht haben (vgl. Darstellung 4). Auch wenn sie pflegebedürftig werden, möchten die meisten Menschen so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden wohnen (Gross/Fagetti, 2008:116).



Darstellung 4: Gedanken zum Wohnwechsel aus Altersgründen (2008) (in %)

Demografischer Wandel bedeutet damit regionalpolitisch für den Bereich Wohnen, dass die Gemeinden und Kantone mit einer veränderten Ausgangslage konfrontiert sind. Sie sind aufgefordert, sich Gedanken über das künftige Wohnangebot und wohnergänzende Dienst- und Pflegeleistungen zu machen. Die Anforderungen an die technische Ausgestaltung und Nachrüstung von Gebäuden (barrierefreies Planen und Bauen) verändern sich, und die Nachfrage nach wohnergänzenden Dienst- und Pflegeleistungsangeboten steigt. Es dürfte allerdings finanziell anspruchsvoll sein, ein entsprechendes Angebot aufzubauen. Nur ein Teil der Personen über 65 Jahre kann sich zudem eine solche Wohnung leisten. Die meisten betagten Personen bleiben so lange in ihren eigenen vier Wänden wohnen (meist bis etwa 85 Jahre), bis der äussere Druck einen Umzug erzwingt.

Es gibt heute schon zahlreiche Angebote von altersgerechten (barrierefreien) Wohnungen/Immobilien, wobei nicht alles bedarfsgerecht erstellt worden ist. Das Problem mit dem Bedarf nach altersgerechtem Wohnen ist somit schon lange erkannt. Die Gefahr könnte aber bestehen, dass Angebote am Markt vorbei entwickelt werden: Es müssen sowohl hoch- als auch tiefpreisige altersgerechte Wohnungen angeboten werden, damit der Bedarf der älteren Generation gedeckt wird.¹⁰ Wesentlich ist das Bereitstellen von wohnergänzenden Dienstleistungsangeboten, allenfalls auch räumlich integriert.

Die öffentliche Hand tut sich schwer, den zukünftigen und durch den demografischen Wandel geprägten Anforderungen im Bereich Wohnen genügend Rechnung zu tragen. Dies obwohl zahlreiche Gemeinden (auch im Luzerner Seetal) den demografischen Wandel in ihren Leitbildern erwähnt haben. Für die Gemeinden verbleibt somit in diesem Bereich ein grosser Handlungsbedarf, welcher zum grösseren Teil in interkommunaler Kooperation angegangen werden sollte. Solche Strategien werden aber heute erschwert, beispielsweise durch die zukünftige Neuordnung der Pflegefinanzie-

¹⁰ Vgl. auch Artikel in der Berner Zeitung vom 1.9.2010: „Alterswohnungen stehen oft leer“.

zung. Diese senkt den Anreiz, Wohnraum für ältere Menschen anzubieten aus Angst, später deren Pflegekosten mittragen zu müssen.¹¹

Die Chancen, die sich für eine Gemeinde als Wohnstandort für ältere Personen geben, werden oft unterschätzt. Ältere Menschen helfen mit, das Steuersubstrat zu erhalten und die sozialen sowie gesellschaftlichen Ressourcen der Region zu stützen. Sie werden zunehmend zu einer bedeutenden Konsumentengruppe und damit auch Nachfragende regionaler Produkte und Dienstleistungen. Weitere Chancen ergeben sich aus der Notwendigkeit, vermehrt zentraler und verdichtet zu bauen oder zu sanieren. Damit kann bestehende Bausubstanz in Gemeinden aufgewertet und besser genutzt werden. Die regionalen Kooperationen in der Wohnangebotsplanung schliesslich unterstützen den ressourceneffizienten Mitteleinsatz der Gemeinden.

4 Schlussfolgerungen

Das DEMOCHANGE-Projekt hat erst eines der drei Jahre Laufzeit hinter sich. Trotzdem sollen an dieser Stelle erste Hinweise darauf gegeben werden, wie dem demografischen Wandel in regionalen Strategien Rechnung getragen werden könnte.

4.1 Problemwahrnehmung und partizipatives Handeln

Die ersten Erfahrungen im Rahmen des Interreg-Projekts haben verdeutlicht, dass der demografische Wandel in den Zentralschweizer Modellregionen zwar als Begriff bekannt und teilweise bereits in Leitbildern o.ä. integriert ist, jedoch kaum mit konkreten Inhalten verbunden werden kann. Für viele regionale Akteure aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist der demografische Zeithorizont zu lang, und die Auswirkungen sind zu diffus beziehungsweise sie treten zu langsam ein, als dass der demografische Wandel eine hohe Priorität in der Regionalentwicklung erhalten würde.

Für eine erfolgreiche Gestaltung von Strategien und Massnahmen ist demnach eine einheitliche Wahrnehmung des demografischen Wandels eine wichtige Voraussetzung, welche nicht selbstverständlich ist. Mit einem partizipativen Verfahren, welches auf zahlreichen Gesprächen, Gruppendiskussionen, regionalen Workshops und Konferenzen beruht, versucht das Interreg-Projekt dem Rechnung zu tragen. Ein Erfolgsfaktor ist es, regional verankerte Akteure aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in diesem Prozess integrieren und die möglichen Auswirkungen auf die einzelnen Politikbereiche wie Raumplanung oder Landwirtschaft beispielhaft konkretisieren zu können.

Die Entwicklung von Strategien kann grundsätzlich auf zwei Arten in die Region getragen werden: Entweder wird er in eine oder mehrere bestehende Strukturen (Organisationen) neu hineingetragen und dort neu berücksichtigt, oder eine neue Organisation (Arbeitsgruppe, Verwaltungsstelle) kümmert sich als Querschnittsaufgabe um dieses Thema. In den Zentralschweizer Interreg-Modellregionen werden beide Ansätze verfolgt: In Nidwalden wurde eine neue Steuergruppe mit Vertretenden der Behörden und weiteren Stakeholdern eingesetzt, und im Luzerner Seetal konnte der demografische Wandel in die bestehende Projektgruppe Zentrumsentwicklung Hochdorf integriert werden.

¹¹ Ab 2011; gemäss Bundesgesetz über die Neuordnung der Pflegefinanzierung vom 13.6.2008.

4.2 Kommunales Handeln, regionale Kooperation

Jede Gemeinde hat im schweizerischen System des Föderalismus eigene Handlungsmöglichkeiten und kann selbst Initiativen ergreifen und aktiv werden. Kommunales Handeln erfordert daher vermehrte Koordination bei überregionalen Aufgaben, wie sie etwa im Bereich Wohnen auf Grund des demografischen Wandels vermehrt auf die Gemeinden zukommen werden. Eine Stärke dieses Gemeindeföderalismus ist es, dass einzeln handelnde Gemeinden auch verschiedenartigste Lösungen entstehen lassen, worunter sich geplant – oder durch Versuch und Irrtum – auch weiter verwendbare „good practice“-Vorgehen befinden können.¹² Im Rahmen der regionalen Kooperation oder durch transnationale Projekte wie Interreg soll sichergestellt werden, dass diese Beispielvorhaben auch weiterverbreitet werden.

Der demografische Wandel wird, wie oben in aller Kürze dargestellt, Auswirkungen auf fast alle Politikbereiche haben. Er wird damit die Bedeutung eines sektorübergreifenden Querschnittsthemas einnehmen, dem sich wenige Akteure zukünftigen Planungen verschliessen sollten. Im Rahmen der Diskussionen im Interreg-Projekt tauchte deshalb die Idee einer regionalen „Fachstelle demografischer Wandel“ auf, welche als Anlaufstelle für Fragen zu sektoriellen Analysen oder Auswirkungen des demografischen Wandels eine prüfenswerte Möglichkeit darstellen könnte.

Literatur

Bundesamt für Landwirtschaft BLW (2010a). Land- und Ernährungswirtschaft 2025. Diskussionspapier des Bundesamtes für Landwirtschaft zur strategischen Ausrichtung der Agrarpolitik. Bern.

Bundesamt für Landwirtschaft BLW (2010b). Agrarbericht 2010.

Bundesamt für Statistik BFS (2010a). Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz 2010–2060. Neuchâtel.

Bundesamt für Statistik BFS (2010b). Ständige Wohnbevölkerung nach Kanton gemäss mittlerem Szenario AR-00-2005/09.

Bundesamt für Statistik BFS (2010c). Ständige Wohnbevölkerung am Jahresende nach Geschlecht und Alter nach dem Szenario AR-00-2005/09. Superweb. Neuchâtel.

Bundesamt für Statistik BFS (2009a). Demografisches Porträt der Schweiz. Ausgabe 2009. Neuchâtel.

Bundesamt für Statistik BFS. Superweb.

URL: <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/infothek/onlinedb/superweb.html>.

Bundesrat (2007). Strategie für eine schweizerische Alterspolitik. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates Leutenegger Oberholzer (03.3541) vom 3. Oktober 2003. Bern.

Coenen, Frans H.J.M. (2007). Summary of the conclusions. Human capital in European peripheral regions; Brain drain and Brain gain. Interreg IIIB project, Universiteit Twente, CSTM Series Studies and Reports No. 335. Twente: Universiteit Twente.

Frey, R.L. (2008). Für eine Enttabuisierung der Abwanderung. Inputreferat. In: Delbiaggio, K. (Hrsg.). Demografischer Wandel und die Konsequenzen für die Raumentwicklung in der Schweiz. Luzern: IBR Hochschule Luzern – Wirtschaft, S. 61.

Gross, P. & Fagetti, K. (2008). Glücksfall Alter. Alte Menschen sind gefährlich, weil sie keine Angst vor der Zukunft haben. Freiburg im Breisgau.

¹² Vgl. zu „Föderalismus als Labor“: Linder, 2005.

- Groth, H. (2009). Die Schweiz und ihre Demografie. WDA Forum No. 2009/3. The WDA – HSG Discussion Paper Series on Demographic Issues. St. Gallen.
- Höpflinger, F. (2009): Age Report 2009. Einblicke und Ausblicke zum Wohnen im Alter. Zürich: Seismo Verlag.
- Küpper, P. (2009). Regionale Reaktionen auf den demographischen Wandel in dünn besiedelten, peripheren Räumen: Ergebnisse einer deutschlandweiten Befragung. In Raumforschung Raumordnung 2010. Hamburg: Springer-Verlag, S. 68, 169-180.
- Lalivie d'Epina C. & Spini D. (2008). Les années fragiles. La vie au-delà de quatre-vingt ans. Laval: Les Presses de l'Université Laval.
- Linder, W. (2005). Schweizerische Demokratie: Institutionen, Prozesse, Perspektiven. Bern: Haupt.
- Rieder, S., Peter, C., Matti, D. & Müller, E. (2009). Demografischer Wandel in ruralen Räumen. Das Beispiel des Brain-Drain Brain-Gain. Referat. In Egli, H. (Hrsg.). Tagungsband. Forschungsmarkt regionsuisse & Tagung Regionalentwicklung 2009. Forschen für die Neue Regionalentwicklung. Luzern: IBR Hochschule Luzern – Wirtschaft.
- Schuler M. (2008). Die regionale Differenzierung des Bevölkerungswachstums in der Schweiz. Inputreferat. In Delbiaggio, K. (Hrsg.). Demografischer Wandel und die Konsequenzen für die Raumentwicklung in der Schweiz. Luzern: IBR Hochschule Luzern – Wirtschaft.
- Von Stokar, T., Marti, C. & Marti, P. (2009). Demografischer Wandel und Regionalentwicklung. Schlussbericht. Zürich: Infrac. Staatssekretariat für Wirtschaft.
- Weber, W. (2008). Langfristperspektiven der öffentlichen Finanzen in der Schweiz. In: Die Volkswirtschaft. Das Magazin für Wirtschaftspolitik. Bern.
- Wegelin, F. (2008). Konsequenzen für die Raumentwicklung und Raumforschung. Inputreferat. In Delbiaggio, K. (Hrsg.). Demografischer Wandel und die Konsequenzen für die Raumentwicklung in der Schweiz. Luzern: IBR Hochschule Luzern – Wirtschaft.